

**Jenny Groß, MdL**  
**Abgeordnete der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 11**  
**44. Plenarsitzung, Donnerstag, 11. Mai 2023**

**„Inklusiven Unterricht an allen Schulen**  
**in Rheinland-Pfalz weiter voranbringen“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

11.05.2023

Sehr geehrter Herr Präsident/Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

was ist das Beste für unsere Kinder? Das ist doch genau die Frage, die heute hier im Raum steht!  
Wie werden wir jedem einzelnen Kind,

- mit seinen so unterschiedlichen Stärken und Schwächen,
- seinen unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und -möglichkeiten,
- den unterschiedlichen Bedürfnissen - gerecht?

Unser Auftrag als Politiker ist es doch: Jedem Kind gute Chancen für seinen eigenen Lebensweg zu sichern. Und das ist der Maßstab, der die CDU-Fraktion leitet!

Erst gestern haben wir über die Schwierigkeiten diskutiert, vor denen viele Grundschulen stehen, darüber, dass Kinder bereits in den ersten Klassen abgehängt werden, Lehrkräfte frustriert sind. Sehr geehrte Damen und Herren, wir sehen doch jetzt schon welche Probleme im rheinland-pfälzischen Schulsystem aufgelaufen sind!

Es ist keine Frage, dass Inklusion – unabhängig von der UN-Behindertenrechtskonvention – gelebt werden muss. Es ist auch keine Frage, dass jedes Kind – ob mit oder ohne Behinderung oder Beeinträchtigung – Bildung erhält und gefördert wird.

In Bezug auf die im heutigen Titel genannten gleichen Bildungschancen für Kinder sind wir uns daher in der Debatte einig. Uneins sind wir uns jedoch darüber, wie Inklusion tatsächlich umzusetzen ist und welche Rahmenbedingungen dafür nötig sind. Machen wir uns doch ehrlich und schauen wir auf den realen Schulalltag. Es gilt, abzuwägen: Was hilft wirklich - und was bremst unsere Kinder aus?

Mit dem Ansatz, jede Schule zur inklusiven Schule zu machen – sowohl die bestehenden als auch die neu gegründeten – und Grundschulkindern im ersten und zweiten Schuljahr ohne Feststellungsverfahren des Förderbedarfes im Unterricht zu belassen, stärken Sie eben nicht die Inklusion und nicht unsere Kinder. Sie richten Chaos an! Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist realitätsfern! Wir wissen, wie betreuungsintensiv Klassen mit I-Kindern sind, wie viel Arbeit und Aufwand Lehrer und I-Kräfte aufbringen. Konzentriertes Lernen im Unterricht fällt schwer.

So, Frau Ministerin Hubig, ist schon heute der Alltag an Schulen – und das bei Bekanntsein des Förderbedarfes! Gar nicht auszudenken was erst passiert, wenn der Förderbedarf, so wie von Ihnen vorgeschlagen, künftig nicht vorab geklärt wird!

Was passiert, wenn Grundschulen alle Kinder ohne vorheriges Feststellungsverfahren aufnehmen müssen? Wie sollen Lehrkräfte den Mehrbedarf an gezielter Betreuung abfedern bei allem, was sonst noch täglich zu tun ist? Wie soll das geschehen, wenn zusätzliches Personal und Räumlichkeiten fehlen? Wie sieht es mit den Bildungschancen der Kinder aus, die dem Unterricht folgen wollen, es aber wegen permanenter Klassenbelastungen nicht können? Wir alle wissen doch, Kinder müssen erst lernen, sich längere Zeit auf eine Sache zu konzentrieren – sie brauchen dafür Ruhe und nicht ständige Ablenkung.

Frau Ministerin Hubig,

so sieht die Realität, die Wahrheit hinter einer Inklusionspolitik aus, die vorne und hinten nicht durchdacht ist!! Eine Wahrheit, die Sie zwar nicht hören wollen, die aber dennoch Wahrheit bleibt! Es kommt doch darauf an, möglichst früh für das einzelne Kind die richtige Unterstützung, die richtige Umgebung und den richtigen Weg zu finden!

Frau Ministerin Hubig, Frau Bätzing-Lichtenthäler, mit diesem Antrag schaffen Sie die Förderschulen faktisch durch die Hintertür ab! Ihr pädagogischer Idealismus in Ehren, aber ich appelliere an Sie, hören Sie mit der ideologischen Gleichmacherei auf! Wie stellen Sie sicher, dass ein Kind mit Beeinträchtigungen in der Regelschule so intensiv begleitet und in seiner eigenen Welt abgeholt wird, wie in einer Förderschule?

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich eins klarstellen, mit dem vorhin genannten Beispiel mindere ich nicht die Arbeit und Leistung der Lehrkräfte oder der I-Kraft – Nein, im Gegenteil, wir bewundern sie und zeigen nur auf, wie die Alltagssituation aussieht!! Unsere Lehr- und Förderkräfte arbeiten täglich und immens engagiert dafür, allen Kindern so gerecht wie möglich zu sein und allen Kindern so weit wie möglich Bildungsinhalte zu vermitteln. Ihnen gehört unser Dank und unser aller Anerkennung!

Ihnen und ihrem Netzwerk für die berufliche Bildung, den Kontakt zu Ausbildungsbetrieben verdanken wir es auch, dass die Jugendlichen einen Abschluss an einer Förderschule machen und eine gute berufliche Zukunft haben können. Diesen Schatz dürfen wir nicht aufgeben und die jungen Menschen mit Förderbedarf zwanghaft einen Abschluss an einer Regelschule absolvieren lassen!!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin Hubig,

gerade in der heutigen Zeit, gerade wegen Corona, wegen des hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund brauchen wir im Schulalltag nicht weniger, sondern mehr Ausdifferenzierung. Das Motto darf doch nicht heißen: Jedem Kind die gleiche Schule. Sondern vielmehr: Für jedes Kind die geeignete Schule! Das sind wir Kindern, Eltern und Lehrkräften schuldig.

Nicht die Quote muss uns antreiben, sondern das Wohl des Kindes! Mit uns ist daher Ihre Form der unehrlichen Inklusion nicht zu machen. Den vorliegenden Antrag der Ampel-Fraktionen, dem Zwang zu inklusiven Schulen lehnen wir Christdemokraten daher entschieden ab.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich zudem eine namentliche Abstimmung.